

# Rote Spritze

Information des Branchenaktivs Gesundheitswesen der DKP

3|2016



"Wohin mit den Kranken - ab in die Banken?"

## Es rumort im Gesundheitswesen des Landes

Trotz hoher Steuern, Krankenkassenbeiträgen und Zuzahlungen - die berühmte Schwarze Null gilt wohl nicht für die Belange der über 80 Millionen in diesem Land - Schwarze Null heißt auf Schwäbisch: mir gebbet nix! Nach Bankenrettung, Abermilliarden für Kriegseinsätze der Bundeswehr und ... **die berühmte Schwarze Null gilt wohl nicht für die Belange der über 80 Millionen in diesem Land ...** bleibt nicht mehr genug für das, wofür man eigentlich Steuern zahlt, nämlich die Garantie menschenwürdiger Lebensbedingungen - es sei denn der Druck aus der Bevölkerung gefährdet Gewinnmaximierung und z.B gewünschte Wahlergebnisse.

Regierungen jeglicher Couleur haben das Gesundheitswesen der neoliberalen Profitlogik unterworfen, aber jetzt erleben wir geradezu einen Überbietungswettbewerb der Parteien, die am 13.3. in den Landtag gewählt werden wollen. Was sie als aktuelle oder ehemalige Regierungsparteien versäumt haben, taucht jetzt in ihren Wahlprogrammen auf:

- ▶ im ländlichen Bereich eine bessere Notarztversorgung
- ▶ genug Nachwuchs für ausscheidende Landärzte
- ▶ mehr Investitionen in die Krankenhäuser
- ▶ irgendwie die freipraktizierenden Hebammen unterstützen
- ▶ Verbesserungen für Pflegebedürftige
- ▶ Bessere Personalausstattung der Krankenhäuser

Das ist fast allen besonders wichtig - greift aber keineswegs die gesellschaftlichen Ursachen der Probleme im Gesundheitswesen an.

  
**DKP**  
Deutsche Kommunistische Partei

V.i.S.d.P.  
DKP Stuttgart  
Betriebsaktiv Gesundheitswesen  
Böblinger Str. 105, 70199 Stuttgart  
Manfred Jansen

## Wer zahlt für die Krankenhäuser?

### Betriebskosten:

Die Krankenkassen und die Patienten selbst durch Zuzahlung bzw als Selbstzahler.

### Investitionskosten:

Seit Juni 1972 sind nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz die Bundesländer für die Finanzierung der Investitionskosten für Krankenhäuser zuständig, die in den Landeskrankenhausbedarfsplan aufgenommen wurden.

Die **Grüne/SPD**-Regierung hat zwar das Förder-volumen für die Krankenhäuser in Baden-Württemberg wieder erhöht - um 35% -, aber nicht soviel wie vor den letzten Landtagswahlen versprochen. Das wirft ihr nun die **CDU** vor, die ja in ihrer Regierungszeit den Schlamassel verursacht hat und einen Investitionsstau von 1,5 Milliarden Euro hat auflaufen lassen.

Die Landes-**SPD** will die Grausamkeiten der sog. GroKo bzw ihrer **SPD/Grünen**-Bundesregierung abfedern mit Konferenzen, Bürgerdialogen, Landespatientenbeauftragten - das ändert nichts an Zuzahlungen für Arzneimittel und Krankenhausaufenthalt oder an der Finanzierung des Krankenhausbetriebs durch Fallpauschalen, die über die Hälfte der Krankenhäuser von Baden-Württemberg in die Roten Zahlen oder gar in Ruin und Privatisierung getrieben hat.

Bis 23.12.1985 durften die Krankenhäuser keine Gewinne machen. Die damalige **CDU/FDP**-Regierung hat das mit einem neuen Krankenhausfinanzierungsgesetz geändert - ein tolles Weihnachtsgeschenk für private Klinikkonzerne, die seitdem Abermillionen an Krankenkassengeldern auf die Konten von Aktionären verschieben.

Die **FDP** bleibt bei dieser Linie: Sie will die monistische Finanzierung, d.h. die Krankenkassen sollen

## Was sind DRGs?

### DRG=Diagnosis Related Groups:

Patienten werden für Abrechnungszwecke an Hand von Diagnosen, durchgeführten Behandlungen, Alter, Geschlecht und Gewicht in Fallgruppen klassifiziert (Fallpauschalen).

auch die Investitionskosten für die Krankenhäuser übernehmen, zu denen eigentlich das Land gesetzlich verpflichtet ist. Wenn deswegen die Beiträge steigen, haben die Unternehmer ja keinen Schaden davon - die Arbeitgeberbeiträge zu der Krankenversicherung wurden ja bei 7% des Bruttolohns eingefroren. So droht jede Zusatzbelastung ein Griff in die Taschen der Versicherten in Form von Zuzahlungen zu werden.

Auch Krankenhäuser sind systemrelevant !!!

Die **GRÜNEN** verkünden viele gute Absichten: Barrierefreiheit in allen Gesundheitseinrichtungen, Roboter für die Altenpflege (hat das Fraunhofer Institut schon in Arbeit), Neugründung von Sozial- und Bürgergenossenschaften, "Neuausrichtung des Landes-Psychiatrieplans", „Überprüfung und Überarbeitung der Fallpauschalen“. Offensichtlich dämmert's ihnen, dass mit dem DRG-System z.B. die Landeskrankenhausplanung unterlaufen wird - was nützt ein menschengerechter Plan, wenn er wegen ungenügender Betriebskostenfinanzierung ausgehebelt wird?

Auch gegen Stuttgart

21 hatten die **GRÜNEN** viele Ideen. Man weiß ja, was daraus geworden ist...

Wegen Personalabbau, Patientenselektion, Privatisierung und Klinikschließung wächst die Ablehnung des DRG-Systems bei den Beschäftigten im Gesundheitswesen.

Kein Wunder also, dass auch die **AfD** versucht, hiermit zu punkten. Gleichzeitig steht sie aber für Privatisieren, Outsourcen und Verschlechterung von Vergütung und Arbeitsbedingungen z.B im Reinigungsdienst, bei den Beschäftigten also, die sowieso schon am unteren Ende der





Vergütungsskala angesiedelt sind und drastische Altersarmut zu erwarten haben. Selbst der geforderte sog. niederländische Hygienestandard ist keine Sparmaßnahme, sondern nur zu realisieren mit erheblicher Personalaufstockung. Was soll man auch von einer Partei erwarten, die den Menschen Hilfe verweigern will, die vor Krieg und Elend, der Gefahr schwerster Gesundheitsschäden und Verletzungen auf der Flucht sind? Unterlassene Hilfeleistung ist das Schlimmste aller Vergehen im Gesundheitswesen ...



Für uns sind die Vorschläge der Partei **DIE LINKE** am glaubwürdigsten und weitestgehend: „Gesundheit ist

Menschenrecht“ und „dauerhaft zu sichernde öffentliche Aufgabe“. Das heißt z.B.:

- ▶ 660 Mio jährlich als Fördervolumen für die Krankenhäuser aus Landesmitteln
- ▶ 20 000 Stellen mehr für die Krankenhäuser zum Ausgleich des Personalmangels in allen Berufsgruppen
- ▶ keine Privatisierungen mehr, sondern Rückführung in die öffentliche Hand
- ▶ Abschaffung von Zuzahlung bei Krankenhausaufenthalt
- ▶ Aufwertung der Sozialberufe und bessere Arbeitsbedingungen
- ▶ Preissenkung für Arzneimittel und medizinische Geräte

Die freischaffenden Hebammen in die Eigenversicherung der Kommunen einzubeziehen, wäre vielleicht eine gute Lösung statt 4000 Euro private Berufshaftpflicht pro Jahr (und das bei einem Einkommen vergleichbar mit Krankenschwestern).



**DIE LINKE** macht Forderungen geltend, die noch am ehesten dem Anliegen der **DKP** entsprechen, Profitinteressen auszuschalten. Wir wissen, dass auch **DIE LINKE** dort, wo sie an der Regierung war, oft ihre eigenen Forderungen nicht realisiert hat. Aber **DIE LINKE** macht Forderungen geltend, die noch am ehesten dem Anliegen der **DKP** entsprechen, Profitinteressen auszuschalten. von den Kandidatinnen und Kandidaten im Großraum Stuttgart haben wir erlebt, dass sie seit Jahren gemeinsam mit den Beschäftigten dafür kämpfen. Deshalb rufen wir dazu auf, sie am 13. März in den Landtag zu wählen. Aber auch **DIE LINKE** muss sich in der Praxis beweisen und selbst wenn sie im Landtag vertreten sein wird, braucht sie weiterhin den Druck von (potentiellen) Patienten und Beschäftigten, vor allem von Gewerkschaften, um ihre Forderungen auch durchzusetzen.

## **GESUNDHEIT ist keine Ware!**

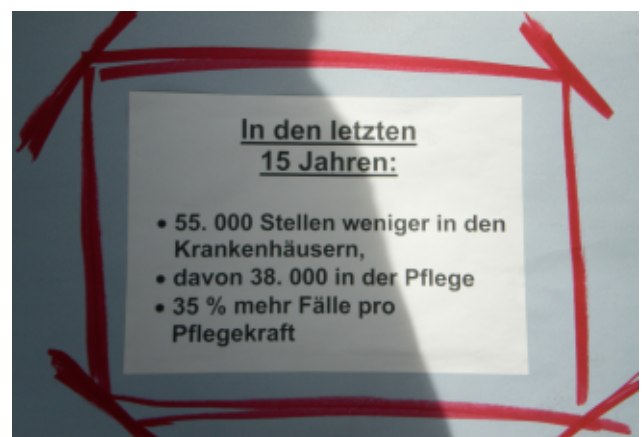
**Gesundheit ist Menschenrecht und staatliche Kernaufgabe und muss für alle Einwohner unseres Landes kostenlos sein!**

**Öffentliche Daseinsvorsorge, wie Gesundheits- und Bildungswesen muss vom Kapitalismus befreit werden, der die Profitlogik auf Kosten der Millionen Menschen in unserem Land immer wieder neu hervorbringt.**

**Erst durch eine grundsätzliche Umwälzung, die Beseitigung des Kapitalismus als Gesellschaftssystem, lässt sich dieses Menschenrecht auf Gesundheit in der Lebenswirklichkeit absichern.**

**Sozialismus – durch Herrschaft der Millionen über die Millionäre!**

**Dafür stehen wir als Kommunistinnen und Kommunisten!**







**DKP und SDAJ Baden-Württemberg und Waldheim Gaisburg laden ein:**

**VERANSTALTUNG  
ZUM**

# INTERNATIONALER FRAUENTAG

Samstag

**12.3.2016**

ab 14:00 Uhr

Stuttgart-Ost  
Waldheim Gaisburg  
Obere Neue Halde 1

**ENTWITTELT FREI!  
SPENDEN ERWÜNSCHT!**

**NIEDER  
MIT  
DEM  
KRIEG!**

**STOPPT  
DEN KRIEG  
GEGEN SYRIE!**

**(Nicht nur ...) Wir Frauen fordern:**

## NIEDER MIT DEM KRIEG!

Krieg, Krieg, immer mehr Krieg, immer neue Auslandseinsätze der Bundeswehr, immer neue NATO-Einsätze mit Beteiligung der Bundeswehr. Deutsche Soldaten nach Syrien zur Luftbetankung von Kampfjets und mit Tomados – aus „Solidarität mit Frankreich“ ... Ausweitung des Militäreinsatzes der Bundeswehr in Mali/Westafrika ... Deutsche Soldaten mit Awacs-Aufklärungsflugzeugen zur Unterstützung des NATO-Partners in den Terrorstaat Türkei ... Bundeswehr als Speerspitze der schnellen Eingreiftruppe nach Osten ... Planung und Koordinierung von Kampfdrohnen-Einsätzen durch das AFRICOM in Stuttgart ... Forderung des Bundeswehrverbands nach mindestens 7000 zusätzlichen Soldaten für die Bundeswehr ... Immer mehr Bundeswehr an Schulen und in Jobcentern ... Rekrutierung von jährlich rund 1000 Minderjährigen (17-jährige) für die todsichere Karriere bei der Bundeswehr ...

Angeführt von einer Bundeskanzlerin und einer Kriegsministerin wird unsere Gesellschaft systematisch militarisiert, wird die Bundeswehr in immer mehr Kriege geschickt, die unser Land an den Abgrund eines großen Krieges mit der Atommacht Russland führen können. Der Auftrag unseres Grundgesetzes interessiert sie nicht.

Die Welt wird neu aufgeteilt und der deutsche Imperialismus will seinen Handlungsspielraum militärisch-politisch deutlich vergrößern.

**„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen!“ (Jean Jaures)**

Natürlich werden dadurch noch mehr Menschen aus ihrer Heimat verjagt. **Deutsche Waffen, deutsches Geld vertreiben Menschen in aller Welt!**

Frauen sind in Kriegen immer besonders betroffen. Sie sind oft Opfer von Gewalt schon als Mädchen. Allerdings steigt die Zahl der Frauen in Streitkräften weltweit an.

Clara Zetkin schrieb vor 100 Jahren: „Millionenstimmig, unwiderstehlich muss unser Schrei ertönen: Genug des Würgens, genug der Verheerung! Friede, dauernder Friede!“

„Wohl sind wir Frauen fast in allen Ländern nur geringen politischen Rechts, doch nicht ohne soziale Macht. Nützen wir jedes Fünkchen dieser Macht von der Geltung unseres Wortes und unseres Wirkens im vertrauten Kreise unserer Angehörigen und Freunde bis zu unserem Einfluss in der Öffentlichkeit.“

**Dauerhafter Frieden ist im Kapitalismus nicht möglich. Deshalb kämpfen wir für den Sozialismus.** Der erste Anlauf zum Sozialismus im Weltmaßstab ist gescheitert. Trotzdem hat er uns eine Ahnung davon gegeben, dass eine Welt ohne Krieg möglich ist.

**Wir sagen: Auf die Straße! Auslandseinsätze der Bundeswehr stoppen! Kriege aus Baden-Württemberg stoppen! Rüstungsproduktion umstellen! Wer nicht umstellt, wird enteignet!**

**Referentin: Dagmar Henn**

**Lieder gegen den Krieg:**

**Marianne Schmidt-Hangstörfer**

